

## Börse

|                |          |        |
|----------------|----------|--------|
| SMI            | 8957.19  | -0.10% |
| SPI            | 10468.35 | 0.00%  |
| Dow Jones Ind. | 24575.62 | +0.70% |

|                              |          |        |
|------------------------------|----------|--------|
| Euro in Franken              | 1.134    | +0.05% |
| Dollar in Franken            | 0.995    | -0.20% |
| Euro in Dollar               | 1.139    | +0.26% |
| GB-Pfund in Franken          | 1.301    | +0.66% |
| Öl (Nordsee Brent) in Dollar | 61.440   | +0.80% |
| Gold (Unze) in Dollar        | 1281.900 | +0.10% |
| Silber (Unze) in Dollar      | 15.310   | 0.30%  |

## Schweiz will «anderen Weg»

Digitalisierung anders anpacken

**Davos.** Die Schweiz will sich bei der Regulierung neuer Technologien im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung von anderen Ländern absetzen.

Diese soll nicht zu streng ausfallen, und Blockchain, Fintech & Co sollen in bereits bestehende Gesetze integriert werden. «Wir regulieren im Gegensatz zu anderen Ländern nicht die Technologien, sondern die Prozesse», sagte Bundespräsident und Finanzminister Ueli Maurer gestern an einer Podiumsrunde der Organisation «digitalswitzerland» im Pavillon der Grossbank Credit Suisse am Rande des World Economic Forum (WEF) in Davos. Es sei nicht nötig, die Technologie zu regeln, erklärte Maurer. Man sei dann immer im Rückstand. Um die Marschroute vorzugeben, müsse man auch Risiken eingehen. Daher solle die Regulierung zwar solide, aber nicht zu streng ausfallen. Gerade die Kleinheit der Schweiz sei von Vorteil, im Bereich Digitalisierung agil zu sein und schnell vorwärtszukommen. Nur so könne die wirtschaftliche Spitzenposition, die das Land derzeit hat, auch in 20 Jahren noch verteidigt werden. Man stehe aber noch am Anfang einer technischen Entwicklung mit noch vielen offenen Fragen. Auch müsse geklärt werden, wie die Schweiz mit Daten umgehen will. Weitere Themen sind die Sicherheit sowie Flexibilität und Agilität. Es sei sicher falsch, Systeme aufzubauen, die für 20 Jahre angelegt sind. SDA

# Schattenseiten der neuen Ökonomie

In Davos tummeln sich derzeit die Vertreter der globalen Digitalwirtschaft

Von Holger Alich, Davos

Manchmal reicht schon ein Bummel über die Promenade in Davos, um zu erkennen, was die Welt der Wirtschaft derzeit bewegt. Viele Pavillons und Chalets im Zentrum sind von Technologie- und Datenfirmen wie Huawei, Palantir oder Facebook angemietet. «Nicht mehr Kapital, sondern Daten treiben heute die Wirtschaft an», sagte Japans Premierminister Shinzo Abe bei seiner Ansprache beim WEF. Japan präsidiert derzeit die G20, den Club der 20 wichtigsten Volkswirtschaften. Eines der wichtigsten Themen des G20 sei, «dass Daten frei die Grenzen überschreiten können», so Abe.

Doch der Facebook-Skandal, bei dem millionenfach unerlaubt Nutzerdaten zur Analysefirma Cambridge Analytica abgefließen sind, hat gerade in Europa der Euphorie in Sachen Digitalwirtschaft einen Schlag versetzt. In Gesprächen mit Vertretern der Digitalwirtschaft wie Ex-Google-Manager Sebastian Thrun und dem Schweizer Start-up-Investor Klaus Hommels fällt auf, wie unterschiedlich Europäer und Amerikaner die Risiken und den Regulierungsbedarf im Geschäft mit Daten sehen. Einigkeit besteht nur in einer Frage: Die Chinesen sind hier bereits eine Supermacht und könnten demnächst weltweit den Takt vorgeben.

### Transparenz und Wachstum

Der deutsche Informatiker und Robotics-Experte Thrun ist bekannt geworden, weil er bei Google unter anderem das erste autonome Auto mitentwickelt hat. Im Jahr 2012 gründete er die Weiterbildungsplattform Udacity, die in Zusammenarbeit mit Tech-Unternehmen praxisnahe Onlinekurse entwickelt. Thrun war Gast bei einem Frühstück der Initiative «Digitalswitzerland». Im Gespräch zeigt sich der Schnellredner als lupenreiner Vertreter des Silicon-Valley-Denkens: Fortschritt ist positiv. Den Datenskandal bei Facebook bezeichnet er als «Wachstums-



**Kontrollierende Supermacht.** Überwachungskameras in der chinesischen Grossstadt Hangzhou observieren die Passanten. Foto Lou-Foto/Alamy Stock Photo

schmerzen», denn «Google und Facebook haben alles Interesse daran, dass ihre Nutzerdaten nicht in die falschen Hände geraten».

Thrun glaubt, dass die verstärkte Nutzung von Daten die Transparenz verbessert. «Es gibt einen Zusammenhang zwischen Transparenz und dem Wirtschaftswachstum.» Sprich: Je transparenter und frei zugänglicher Daten in einer Gesellschaft sind, umso reicher würde diese. «Dank Transparenz gibt es weniger Verbrechen und Korruption.» Als Beleg für seine These führt er Nordkorea an, den wohl intransparentesten Staat der Welt, der zudem bettelarm ist. Und China? Die Regierung nutzt alle

Möglichkeiten der Technik, um die Bevölkerung zu kontrollieren. Wer in einigen Städten bei Rot über die Ampel läuft und dabei gefilmt wird, bleibt dank perfekter Gesichtserkennung hängen. Die Busse werden automatisch vom Konto abgebucht. Der Bürger ist gläsern, die Regierung ist es nicht. Thrun glaubt, dass dies auf Dauer nicht haltbar sein wird. «Auch China wird transparent werden müssen.»

Europäische Manager von Tech-Unternehmen sehen das kritischer. «Es zeigt sich immer mehr, dass soziale Medien enorme politische Macht entfalten», sagt ein Topmanager eines grossen Datenanalyse-Anbieters, der seinen

Namen nicht in der Zeitung lesen will. Als Beleg führt er etwa die Gelbwestenbewegung in Frankreich an, die dank Facebook zu einem nationalen Phänomen wurde. «Wir wissen nichts darüber, wie der Algorithmus von Facebook bestimmte Nachrichten der Gelbwesten weiterverteilt und solche Phänomene schafft», so der Manager. «Wenn wir von Transparenz reden, dann brauchen wir auch Transparenz darüber, wie dieser Algorithmus funktioniert.»

### Bewusstsein für Problematik fehlt

Diese Meinung teilt Klaus Hommels, der mit seiner Schweizer Firma Lakestar einer der führenden Risikokapitalgeber in Europa ist und mit frühen Beteiligungen bei Facebook und Spotify einen guten Riecher bewies.

«Wir haben längst die Hoheit über unsere Informationen verloren», warnt er. Die Frage einer Regulierung oder Überwachung der Algorithmen, die Nachrichten in sozialen Medien weiterverteilen, sei daher legitim. Bisher kümmere sich die Politik aber nicht darum. «Das liegt daran, dass Politiker mit solchen Themen bei den Wählern nicht punkten können, denn auch den Nutzern fehlt das Bewusstsein für die Problematik», sagt Hommels.

Mehr Restriktionen und Regulierung erschweren das Geschäft, dessen ist sich auch Hommels bewusst. Aber China mit der unbegrenzten Nutzung von Kundendaten könne für Europa kein Vorbild sein, trotz Erfolge von Netzriesen wie Alibaba oder Tencent. «Das ist es nicht wert», so der Tech-Investor.

Marissa Mayer, Ex-Chefin von Yahoo, sieht das ganz anders. «Je weniger Restriktionen es gibt, umso besser», sagt sie. «Denn gerade die Entwicklung von künstlicher Intelligenz hängt von der Menge und der Qualität der zugrunde liegenden Daten ab.» Nur so könnten die Systeme schnell und viel lernen. Hier habe China bald einen uneinholbaren Vorsprung. «Um hier mitzuhalten, müssten Europa und Nordamerika ihre Daten zusammenlegen», so Mayer.

## Rechtsstreit um Hustensaft droht

Rund 100 Medikamente sind seit Jahresbeginn nur noch mit Rezept erhältlich

Von Patrick Griesser

**Zürich.** Weil es bisher frei verkäuflichen Hustensaft bald nur noch auf Rezept oder mit Beratung gibt, spitzt sich ein Konflikt im Gesundheitswesen zu.

Ein jahrelanger Rechtsstreit zeichnet sich ab, wenn das Schweizerische Heilmittelinstitut Swissmedic noch in diesem Monat entsprechende Verfügungen an die Pharmafirmen im Land versendet. Diese wollen sich juristisch zur Wehr setzen, wie die Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz (Vips) sagt. Für die Patienten könnte die Situation unübersichtlicher werden, wenn sich der Rechtsstreit zwischen Behörde und Unternehmen in die Länge zieht.

### Hustensaft mit Suchtpotenzial

Hunderte Arzneimittel aus der Hausapotheke sollen ab Jahresbeginn leichter zugänglich werden. Rund 550 bisher apothekenpflichtige Medikamente sind dann auch in Drogerien erhältlich. Diese Liberalisierung bei der Abgabe von Medikamenten hat jedoch auch Nebenwirkungen: Mit der Aufhebung der sogenannten Apothekenpflicht werden rund 100 Medikamente nur noch nach ärztlicher Verschreibung oder Beratung samt Dokumentation durch einen Apotheker abgegeben. Hustensirup und weitere Arzneimittel, die als Hustenstiller eingesetzt werden, weil sie Opiatderivate als Wirkstoffe (Codein oder Dextromethorphan) enthalten. Hustensäfte weisen Suchtpotenzial auf.

Das Heilmittelinstitut spricht von einem erheblichen Missbrauchs- und Suchtpotenzial, weshalb die codeinhaltigen Arzneimittel nur durch Personen mit einer Betäubungsmittelbewilligung abgegeben werden dürfen.

In Deutschland und Frankreich sind die Produkte bereits rezeptpflichtig. Am 30. Januar sollen an einem runden Tisch unter anderem mit den Pharmafirmen und Kantonsapothekern Fragen zum Vollzug der neuen Regelung besprochen werden, wie es auf Anfrage bei Swissmedic heisst.

Offen ist bislang beispielsweise, wie die Dokumentationspflicht gehandhabt wird, antwortet Swissmedic auf Anfrage. «Die Kontrolle der Dokumentationspflicht liegt in der Verantwortung der Kantone», heisst es beim Heilmittelinstitut. Unklar ist auch, ob in gewissen Fällen Verheiratete die Medikamente für ihre Partner kaufen können. Das soll ebenfalls mit den Kantonsapothekern diskutiert werden.

### Mehrkosten in Millionenhöhe

Die ersten offiziellen Umteilungsverfahren für jedes einzelne Medikament durch Swissmedic sollen noch im Januar eröffnet werden. Die Firmen können sich gegen diese Umteilung wehren und wollen dies auch tun. Die Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz sagt, dass die bis jetzt frei verkäuflichen Produkte bisher unproblematisch gewesen seien, und fürchtet auch um ihren Umsatz. «Es werden mit Sicherheit Beschwerden gegen die Umteilung eingereicht», sagt Vips-Geschäftsführer Ernst Niemann, der mit einer maximalen Verfahrensdauer von mehreren Jahren rechnet.

Für die Patienten ist damit nicht ersichtlich, welche Medikamente bereits von der neuen Regelung inklusive Dokumentation betroffen sind und welche noch frei erhältlich sind. Die Vereinigung rechnet mit möglichen Mehrkosten im Gesundheitssystem von rund 100 Millionen Franken. Einer Zahl, der sowohl Pharmasuisse als auch Swissmedic widersprochen haben, da

sie erhebliche Einsparungen durch die Liberalisierung erwarten. Die Apotheken dürfen dank der Revision des Heilmittelgesetzes bei bestimmten Erkrankungen Medikamente abgeben, die bisher rezeptpflichtig sind.

### System wird zusätzlich belastet

Um die eigenen Zahlen zu untermauern, hat Vips nun 50 Apotheken in einer Stichprobe befragt: Dort zeigt sich ein zusätzlicher Aufwand von durchschnittlich sieben Minuten Dokumentationszeit bei einer obligatorischen Beratung durch den Apotheker. Dies bei vier Millionen Packungen von Medikamenten, die künftig dokumentationspflichtig werden. Die vorgeschriebene Ausweiskontrolle wollen 80 Prozent der Befragten durchführen.

Die Apotheken rechnen laut Vips mit vermehrten Arztbesuchen, wenn die Umteilung erfolgt. Ein Viertel aller Patienten werde erst einen Arzt aufsuchen, weil die betroffenen Medikamente in der Packungsbeilage neu nun als rezeptpflichtig bezeichnet werden, erwarten die Apotheken. Das wiederum belastet das System, anstatt es zu entlasten.

Möglicherweise schaltet sich auch die Politik erneut in den Konflikt ein: Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats hatte Ende November die Beteiligten zur neuen Regelung befragt. An einer nächsten Sitzung will sie prüfen, ob sie tätig werden sollte, wie es in einer Mitteilung heisst. Aus Kommissionskreisen ist zu hören, dass zu möglichen Mehrkosten im Gesundheitssystem bislang Aussage gegen Aussage stehe. Für die nächste Sitzung der Kommission am Donnerstag und Freitag ist das Thema bislang nicht traktandiert.

## Mehr Lohn für Postangestellte

Verhandlungen dauern noch an

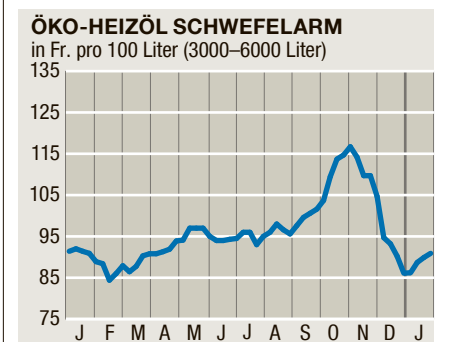
**Bern.** Mitarbeitende der Post, die dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstehen, erhalten 2019 mehr Lohn.

Die Post einigte sich mit den Sozialpartnern auf Lohnmassnahmen von 1,4 Prozent. Ein Verteilungsmechanismus gewährleistete, dass Mitarbeitende in tieferen Lagen des jeweiligen Lohnbands bei guter Leistung überdurchschnittlich profitierten, heisst es in einer Mitteilung der Post und des Personalverbands Transfair von gestern. In Genuss der Lohnmassnahme kommen die rund 26000 Mitarbeitende, die nach GAV angestellt sind. Zur Einigung kam es nach der zweiten Verhandlungsrunde. Transfair zeigte sich in der Mitteilung zufrieden mit dem «nachhaltigen» Ergebnis. Mit der Anhebung der Lohnbänder profitierten insbesondere auch langjährige Mitarbeitende.

Die Verhandlungen für das Personal von Postfinance, Postauto sowie anderen Konzerngesellschaften sind noch im Gang. SDA

## Heizölmarkt

Abfall zum Jahresbeginn



**Wieder erholt.** Nachdem Anfang Woche die Rohölpreise leicht gesunken sind, haben sie sich wieder erholt. Ein Grund dafür dürfte die Prognose für das Wirtschaftswachstum 2019 sein.

### HEIZÖLMARKT\*

| Bestellmenge in Litern | Fr./100 l bei 15° C Tiefst | Höchst |
|------------------------|----------------------------|--------|
| 1500– 2200             | 95.90                      | 97.50  |
| 2200– 3000             | 92.90                      | 95.60  |
| 3000– 6000             | 90.20                      | 91.60  |
| 6000–10000             | 87.60                      | 89.10  |

\*Öko-Heizöl schwefelarm

## ZUR ZEICHNUNG AUFLIEGENDE OBLIGATIONEN IN FRANKEN

| Emissionsfrist | Anleihenehmer                                | Betrag Mio. Fr. | Zinssatz in % | Laufz. (Jahre) | Emissionspreis in % |         |
|----------------|--|-----------------|---------------|----------------|---------------------|---------|
| 25. Jan.       | Stadt Bern                                   | 170             | 0,700         | 15             | 100,677             |         |
| 25. Jan.       | Valiant Bank AG (covered bond)               | 303             | 0,200         | 8              | 100,298             |         |
| 28. Jan.       | Stadt Bern <sup>1)</sup>                     | 25              | 0,625         | 20             | 96,376              |         |
| 29. Jan.       | Luzerner Kantonalbank                        | AA              | 100           | 0,410          | 10                  | 100,000 |
| 30. Jan.       | Basellandschaftl. Kantonalbank <sup>2)</sup> | AA              | 150           | 0,250          | 8                   | 100,189 |
| 01. Feb.       | ABB Ltd <sup>3)</sup>                        | 280             | 0,300         | 5              | 100,041             |         |
| 01. Feb.       | ABB Ltd <sup>3)</sup>                        | 170             | 1,000         | 10             | 100,126             |         |
| 06. Feb.       | Kernkraftwerk Leibstadt                      | 135             | 2,000         | 6              | 100,266             |         |
| 06. Feb.       | Pfandbriefzentrale – Serie 476 <sup>1)</sup> | 120             | 0,600         | 16             | 97,486              |         |
| 06. Feb.       | Pfandbriefzentrale – Serie 483 <sup>1)</sup> | 210             | 0,000         | 8              | 98,722              |         |
| 06. Feb.       | Pfandbriefzentrale – Serie 508 <sup>2)</sup> | 100             | 0,550         | 12             | 100,341             |         |
| 06. Feb.       | PSP Swiss Property AG                        | A3              | 100           | 0,700          | 8                   | 100,194 |

<sup>1)</sup> 1. Aufstockung <sup>2)</sup> 1. Coupon kurz <sup>3)</sup> 1. Coupon lang Quelle: BEKB